Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

Antwort der Kreisverwaltung Teltow-Fläming auf die Anfrage des Abgeordneten Herr Teichert, vom 21.07.2022, Nr. (6-4813/22-KT), zu Sozialwissenschaftliches Projekt für mehr Integration, sowie kreisliche Zusammenarbeit mit dem Institut „Social Sience Works„ an der Universität Potsdam

Sachverhalt:

Aus der Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) konnte der Fragesteller, sowohl mit Datum vom 28.05.2022 sowie mit Datum vom 19.06.2022, aus zwei Artikeln, über eine Zusammenarbeit des Landkreis Teltow-Fläming mit der Universität Potsdam, hier konkret das Großprojekt „Social Sience Works“ vernehmen.
Zunächst begrüßt der Fragesteller eine solche Herangehensweise durch den Landkreis mit einer solchen Studie. Soll das Ergebnis sodann doch auch transparent und unverkürzt dazu beitragen, Schwachstellen aufzudecken und die Bedingungen für alle Beteiligten in der Flüchtlingshilfe / -betreuung, sowie den damit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung des Landkreises evident verbessern. So soll dadurch und insbesondere damit die aktuelle Situation der Flüchtlinge im Landkreis Teltow-Fläming erforscht und erkannt werden, sowie die Belastung aller Akteure, insbesondere die der Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter beleuchtet, also damit zweifelsfrei auch in den Mittelpunkt rücken.
Bisherige Berichterstattungen der (MAZ) über Zustände in den verschiedensten Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis, haben bedauerlicherweise erschreckende, bis nicht mehr vertretbare, aber auch hinsichtlich zu Fragen zur Hygiene und Gesundheit vorherrschende Umstände hervorgebracht. „Wie steht es um die Integration“ lost die Überschrift dabei aus. Vorreiter hierbei war die Gemeinde Rangsdorf. Sodann führte der Umgang mit einer ersten Analyse zu einigen konkreten Umgangsschwierigkeiten bei den Gemeindevertretern der Gemeinde Rangsdorf.
Diesbezüglich führte sodann auch die Verwaltung des Landkreises Teltow-Fläming ein ähnliches, diese Thematik umfassende Projekt mit dem, oben genannten an der Universität Potsdam „Social Sience Works“ durch.

Durch diese Beauftragung wurden unter anderem unter der Leitung von Herrn Prof. Hans Blokland, (Universität Potsdam) zahlreiche Interviews mit den unterschiedlichsten, sich damit befassenden Akteuren und Betroffenen geführt. Dem sich dem Fragesteller aus den beiden Artikeln aufdrängende Eindruck, kann dieser wohl nur noch mit einem, „nur noch notdürftig auf der Felge fahrend“ beschreiben, eine dringendes Handeln scheint demnach unausweichlich.

Ganz offenbar, und darüber erlangte der Fragesteller u.a. durch die benannte (MAZ) Berichterstattung Kenntnis, kam es wohl zu einer großen Veranstaltungs- und Gesprächsrunde an der, mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Akteure der vielgefächerten Flüchtlingsarbeit, wohl beiwohnten. Mit Blick auf die scheinbar nicht unerheblichen Klagen und Leiden der anwesenden vorgenannten Akteure, (siehe benannte Artikel der MAZ) ergeben sich folgende Fragen an die Kreisverwaltung:

Fragen:

1. Wann wurde das, bei der Universität Potsdam geführte Großprojekt „Social Sience Works“ durch den Landkreis in Auftrag gegeben, (bitte mit Datum benennen).
2. Handelt es sich bei dem in Frage 1) ausformulierten Projekt um das gleiche Projekt, namens „wie steht es um die Integration“. Sofern es sich nicht um dasselbe Projekt handelt, sind dann mehrere Analysen und Forschungsprojekte durch den Landkreis in Auftrag gegeben worden.
3. Wann wurde die Universität Potsdam durch den Landkreis Teltow-Fläming mit der Durchführung des Projekts „Social Sience Works“ beauftragt- (Bitte mit Datum benennen).
4. Welche Fachbereiche der Verwaltung des Landkreis Teltow-Fläming sind konkrete beteiligte Teilnehmer und darüber hinaus Befragte /Interviewte an der Studie „Social Sience Works“.
5. Wurde die Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam, und damit das gemeinsame Projekt „Social Sience Works“ beendet, wenn ja, durch welchen Vertragspartner und wann. (Bitte das Datum und die Vertragsseite hinsichtlich einer Beendigung benennen).
6. Wenn das Projekt beendet wurde, was war der Grund für eine Nichtfortführung desselben.
7. Sofern es zutrifft, dass das bezeichnete Projekt / die bezeichnete Zusammenarbeit beendet wurde, geschah die Beendigung vor oder nach dem Erscheinen/Veröffentlichung des Zwischenberichtes.
8. Welche Kosten entstanden dem Landkreis für das gemeinsame Großprojekt „Social Sience Works“ mit Datum Beginn /Abschluss der gemeinsamen Zusammenarbeit, bis zum heutigen Tage, bzw. Tag der Beendigung der Zusammenarbeit.
9. War die in der (MAZ) beschriebene Gesprächsrunde mit mehr als fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer öffentlich. Und wenn nicht, wurde darüber ein Protokoll oder eine Niederschrift geführt.
10. Wenn ein Protokoll oder eine Niederschrift, zu der in Frage Nr. 9, beschriebenen Veranstaltung gefertigt wurde, ist diesen öffentlich oder allgemein, beziehungsweise durch Mandatsträger des Kreistages einsehbar.
11. Soll die Zusammenarbeit /Projekt „Social Sience Works“ dauerhaft beendet sein und bleiben oder denkt die Kreisverwaltung, so die Beendigung nicht schlussendlich vereinbart ist, über eine abschließende Fortsetzung dieser nach.
12. Nach meinem Kenntnisstand sollte bereits schon im Monat Juni 2022 eine Fortsetzungsveranstaltung einer Gesprächsrunde mit einer, ebenso größeren Anzahl an Akteuren des sozialwissenschaftlichen Projektes „Social Sience Works“ stattfinden, hat diese Veranstaltung stattgefunden, und wenn ja, wann. (Bitte das Datum benennen).
13. Sollte die in Frage zur Nr. 13 benannte Fortsetzungsveranstaltung nicht stattgefunden haben, was war dafür der Grund.
14. Welchen Schluss zieht die Kreisverwaltung aus den Erkenntnissen des Projekts, beziehungsweise aus den. unter anderem in der der Zwischenanalyse erworbenen Erkenntnisse für die weitere Zukunft.

Für die Kreisverwaltung beantwortet die Erste Beigeordnete, Frau Gurske die Anfrage wie folgt:

Zu 1.
Der Auftrag in Form eines entsprechenden Verwaltungsaktes zur Durchführung für die Maßnahme „Die aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven von Flüchtlingen in Teltow-Fläming; ein Anreiz für die verstärkte Zusammenarbeit der Akteure“ erging am 21.02.2022. Der Maßnahmenzeitraum ist in diesem Bescheid mit dem Datum vom 01.01.2022 – 31.12.2022 festgesetzt. Das Unternehmen „Social Science Works gUG“ hat am 06.12.2021 einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt, der ihm zum 01.01.2022 in Rücksprache mit der Erstattungsbehörde, dem Landesamt für Soziales und Versorgung, bewilligt wurde.

Zu 2.
Ein zweites Projekt in der Art wurde durch das Sozialamt des Landkreises nicht in Auftrag gegeben.
Die Social Science Works gUG beantragt jedoch seit 2020 jährlich Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ bei der Partnerschaft für Demokratie Teltow-Fläming. Unter dem Titel „Immer weiter Reden: Wertedialog mit Neuankömmlingen“ bietet die gemeinnützige Unternehmensgesellschaft Workshops in der Außenstelle der ZABH Wünsdorf an. Die Beantragung der Fördermittel aus dem Bundesprogramm wird vom Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie votiert, der Zuwendungsbescheid erfolgt über den Landkreis.
Das unter dem Punkt 2 benannte Projekt ist hier nicht bekannt.

Zu 3.
Die Universität Potsdam ist in dieses Projekt in keiner Weise eingebunden. Dies mag in der Zeitung fehlerhaft dargestellt worden sein. Der Auftrag zur Untersuchung wurde allein an das Unternehmen „Social Science Works UG“ vergeben.

Zu 4.
Beteiligte der Kreisverwaltung sind das Sozialamt, Sachgebiet Sonstige Soziale Hilfen. Andere Bereiche sind bislang nicht eingebunden. Befragt wurden auch Flüchtlinge und Heimleiter von freien Trägern.

Zu 5. bis 7.
Mit der Universität Potsdam bestand kein Projekt. Die Social Science Works UG ist weiterhin für den Landkreis tätig.

Zu 8.
Die Kosten belaufen sich auf 76.700,- EUR und werden durch das LASV erstattet

Zu 9.
Bei der Beratung handelte es sich um eine Arbeitsbesprechung der an der Betreuung der Geflüchteten beteiligten Träger, dem Sozialamt und dem beauftragten Unternehmen.

Zu 10.
Durch den Träger wurde ein Zwischenbericht mit quantitativen Daten gefertigt, der dem Sozialamt für den internen Gebrauch vorliegt.

Zu 11.
s. 5. bis 7.

Zu 12.
Besprechungen mit dem Kreis der Beteiligten resp. mit Teilen daraus wurde als Arbeitsberatung geführt.

Zu 13.
Das Format der Veranstaltung wurde nicht zuletzt aufgrund der Rückmeldungen der Beteiligten geändert.

Zu 14.
Bei dem Auftrag ging es der Kreisverwaltung darum, eine analytische Betrachtung des Sachstandes zu erreichen. Mit dem Zwischenbericht liegt noch keine ausreichende Differenzierung vor. Bislang sind vielfach Einzelinterviews geführt worden, die für eine allgemeine Aussage über Defizite bei der Integration nur bedingt herangezogen werden können. Für eine abschließende Beurteilung bedarf es weiterer Arbeitsschritte.
Insbesondere sollte hier betrachtet werden, wie sich die Bedarfs- und Problemlagen ähneln oder unterscheiden. Aus den so ermittelten Erfahrungen und Defiziten werden Handlungsschwerpunkte entwickelt und mit den übrigen Akteuren gemeinsam verfolgt.

Wehlan